

Antrag

der BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

Gerechtigkeit bei der Anwendung des Kommunalabgabengesetzes Brandenburg herstellen - Einheitliches Handeln der kommunalen Aufgabenträger unterstützen und fördern

Der Landtag möge beschließen:

1. Die Landesregierung wird aufgefordert, einen Runderlass an die kommunalen Aufgabenträger im Bereich der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung herauszugeben. Dieser soll beinhalten:
 - a. Handlungsempfehlungen samt Hinweisen zum rechtsfehlerfreien Gebrauch des Ermessens im Rahmen von Aufhebungsentscheidungen für Anträge nach § 130 Abs. 1 AO betreffend die Abwasseranschlussbeitragsbescheide; die Hinweise sollen unter den Gesichtspunkten des Gemeinwohls, des Rechtsfriedens, der Abgabengerechtigkeit u. ä. die Ermessensentscheidungen dahingehend lenken, dass regelmäßig eine Aufhebung bestandskräftiger Bescheide ermöglicht wird,
 - b. Vorgaben, wonach eine Rückerstattung bis 31.12.2016 zu erfolgen hat,
 - c. Hinweise, dass Zweckverbandszusammenschlüsse, Zweckverbandsbeitritte, Zweckverbandserweiterungen u. ä. keinen neuen Zeitpunkt bei der Bemessung des Beginns der Festsetzungsverjährung darstellen.
2. Das Land Brandenburg wird in den folgenden Landeshaushalt ausreichend finanzielle Mittel einstellen, um einen Ausgleich der Finanzierungslücken der kommunalen Aufgabenträger im Zuge der Rückerstattung sicherzustellen, um hohe Verbandsumlagen auf die Mitgliedsgemeinden zu vermeiden und um die Kosten der verfassungswidrigen Beitragserhebung nebst Bearbeitung der hiergegen gerichteten Rechtsmittel zu ersetzen.

Begründung:

Am 12.11.2015 gab das Bundesverfassungsgericht zwei Verfassungsbeschwerden (1 BvR 2961/14 und 1 BvR 3051/14) statt, die sich gegen die zeitlich unbegrenzte Heranziehung zu Anschlussbeiträgen im Land Brandenburg wendeten. Am 22.12.2015 wurde aus denselben Gründen weiteren 35 Verfassungsbeschwerden stattgegeben.

Datum des Eingangs: 05.07.2016 / Ausgegeben: 05.07.2016

Am 11.02.2016 urteilte das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg in den vom Bundesverfassungsgericht zurückverwiesenen Fällen (OVG 9 B 43.15; Urteil vom 11.02.2016).

Durch diese Entscheidungen steht unmissverständlich fest, dass die Anwendung des § 8 Abs. 7 S. 2 des Kommunalabgabengesetzes Brandenburg n. F. auf Fälle, die nach der alten Fassung des § 8 Abs. 7 S. 2 festsetzungsverjährt waren, eine unzulässige, echte Rückwirkung darstellt und somit mit dem aus Art. 20 Abs. 3 GG erwachsenden Rechtsstaatsprinzip nicht vereinbar ist. Das betrifft zumindest alle jene Grundstücke, welche bis zum 31.12.1999 an die öffentliche Anlage angeschlossen waren.

In der Folge stellten sehr viele Betroffene dieser Entscheidungen Aufhebungsanträge an die Versorgungsträger. Diese Anträge sind bisher größtenteils nicht beschieden.

Im gesamten Land Brandenburg werden die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts und des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg ganz unterschiedlich interpretiert und angewendet. Es gibt kein landeseinheitliches Handeln.

Seit Mai 2016 liegt ein Gutachten von Prof. Dr. Christoph Brüning zu den rechtlichen und finanziellen Folgen der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts vor. Auch mit der Vorlage dieses Gutachtens, welches die Rechtsposition der Betroffenen nochmals eindeutig untermauert, ist noch immer kein landeseinheitliches Handeln zu erkennen. Das führt bei vielen Betroffenen zu weiterem Unverständnis und in der Folge zu einem sehr hohen Prozessrisiko für die kommunalen Aufgabenträger.

Insbesondere wird in dem Gutachten darauf hingewiesen, dass eine Rückzahlung auch bestandskräftiger Beitragsbescheide in Betracht kommt. Das Gutachten führt aus, dass im Rahmen der Ermessensentscheidung nach § 130 Abs. 1 AO eine Rücknahme unter dem Gesichtspunkt des Gemeinwohls möglich ist. Es können also unter Berücksichtigung sachlicher Gründe Verwaltungsentscheidungen dahingehend ergehen, dass eine Aufhebung erfolgt. Wenn dies aber geschieht, begründet dieses Verwaltungshandeln eine Praxis, aus der sich in Verbindung mit Art. 3 Abs. 1 GG für die übrigen Beitragspflichtigen des jeweiligen Verbandsgebiets ein Anspruch auf Gleichbehandlung und somit Aufhebung ergibt.

Es sprechen landesweit ganz erhebliche Gründe dafür, aufgrund der Besonderheit der gesamten Alt- und Neuanschließerproblematik durchschlagende Gesichtspunkte für die Aufhebung aller Bescheide anzunehmen. Zum einen ist es aus demokratietheoretischer Sicht schlechterdings nicht hinnehmbar, wenn auf Grundlage offensichtlich verfassungswidrigen Handelns (so die Feststellung des Bundesverfassungsgerichts) ein 9-stelliger Betrag der Beitragsbelasteten einbehalten bleibt. Zugleich ist zu vergegenwärtigen, welcher massiver politischer Druck auf die Beitragspflichtigen ausgeübt wurde, die Rechtmäßigkeit der Bescheide nicht in Frage zu stellen. Immer und immer wieder wurde der von vielen Bürgerinitiativen vorgetragene Einwand, dass man doch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 05.03.2013 (BVerfGE 133, 143) berücksichtigen und somit die Erhebung der Beiträge einstellen müsse, durch politische Verantwortungsträger negiert.

Zahlreiche Bürger berichteten davon, dass sie nachdrücklich angehalten wurden, keine Widersprüche einzulegen und entsprechenden -als „Aufwiegelung“ verbrämen -Aufrufen, sich gegen die Beitragsbescheide zu wehren, nicht nachzugehen. Es ist mit dem Gerechtigkeitsempfinden vieler Menschen unvereinbar, wenn Bürgern, die unter Androhung von Säumniszuschlägen, Mahngebühren u. ä. zur Zahlung bewegt worden sind, nun entgegengehalten wird, dass, weil sie gezahlt haben, nun keine Rückerstattung zu erwarten hätten.

Deswegen wird vorgeschlagen, dass das Innenministerium per Runderlass den kommunalen Aufgabenträgern vorgibt, in welcher Weise das Ermessen in der Bearbeitung der Aufhebungsanträge zum Wohle der Beitragspflichtigen zu gebrauchen ist. Es sind den Zweckverbänden bzw. Kommunen Gesichtspunkte an die Hand zu geben, unter deren Anwendung eine ermessenfehlerfreie Aufhebung bestandskräftiger Bescheide möglich wird.

Im Übrigen ist dieses Vorgehen auch aus anderen Gründen geboten. Zum einen weist das Gutachten darauf hin, dass bei Nichtaufhebung bestimmter Bescheide hochkomplizierte, rechtlich sehr angreifbare Gebühren- und Beitragskonstruktionen entstehen können, in denen abgestufte Gebührensätze festgelegt werden müssten, deren Berechnung aufgrund der Vielfalt der Fälle (teilweise Rückzahlung, teilweises Vollstreckungsverbot etc.) extrem fehleranfällig sein dürfte. Zum anderen ist laut Gutachten nicht auszuschließen, dass weitere Ansprüche nach StHG-DDR erfolgreich durchgesetzt werden könnten.

Des Weiteren muss dem in manchen Verbandsgebieten erfolgenden Versuch, die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts grundgesetzwidrig auszuhöhlen, entgegengewirkt werden. Obwohl das Bundesverfassungsgericht unmissverständlich deutlich gemacht hat, dass für die Bemessung des Verjährungsbeginns die Möglichkeit des Anschlusses nebst erstmaligem Satzungsversuch maßgebend ist, vertreten manche Verbände die Auffassung, dass durch Verbandsbeitritte bzw. Verbandsneugründungen quasi neue Anlagen entstanden seien, sodass erst ab diesem Zeitpunkt eine Vorteilslage bestünde. Damit wird dem verfassungsrechtlich geschützten Vertrauensschutz jeglicher Boden entzogen. Obwohl ein Beitragspflichtiger von Anfang an an ein- und dieselbe Anlage angeschlossen ist, soll es ein Verband durch Verbandsbeitritte in der Hand haben, abgeschlossene, festsetzungsverjährte Tatbestände erneut zu einer Beitragsbemessung heranzuziehen. Dieses Vorgehen steht weder im Einklang mit der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, noch ist es unter den rechtsstaatlichen Gesichtspunkten der Abgabeklarheit und Abgabeberechenbarkeit haltbar. Im Übrigen ist es geeignet, das Vertrauen in die Abgabengerechtigkeit im Land vollends zu zerstören. Deswegen muss auch diesen Versuchen rechtzeitig entgegengewirkt werden. Daher soll im Runderlass deutlich gemacht werden, dass eine Veränderung der Verbandsstruktur keinen neuen Zeitpunkt bei der Bemessung des Beginns der Festsetzungsverjährung darstellt.